

Nationale Plattform zu den Sans-Papiers – Jahresrückblick 2010

1. Lobbying zu Lehre für Sans-Papiers-Jugendliche sowie Grundversicherung/ Krankenkasse

Im Vorfeld der vorbereitenden Kommissionssitzungen sowie der entsprechenden Debatten in den beiden Räten hat die Plattform zu den Sans-Papiers im Jahr 2010 Einzelgespräche mit verschiedenen ParlamentarierInnen geführt. Diese Gespräche erwiesen sich als sehr fruchtbar. Am 2. März führten wir eine Medienkonferenz zu den Lehren für Sans-Papiers durch und gleichentags fand eine Aktion auf dem Bundesplatz statt. Am 3. März hiess der Nationalrat zwei Motionen zu den Sans-Papiers-Lehren gut. Am 2.6. übergab der Verein „Kein Kind ist illegal“ eine von 10'000 Personen und 81 Organisationen unterzeichnete Petition an Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Die Übergabe war begleitet von einer Veranstaltung auf dem Waisenhausplatz.

Am 14.6. wies jedoch der Ständerat die parlamentarischen Vorstösse zu den Sans-Papiers-Lehren an die Kommission zurück. Diese lehnte sie nach den Sommerferien knapp ab. Dennoch entschied am 14. September 2010 der Ständerat mit 23 zu 20 Stimmen, die Motion von Nationalrat Barthassat (CVP), wonach Sans-Papiers mit einer in der Schweiz abgeschlossenen Schulbildung Zugang zu Berufslehren erhalten sollen, anzunehmen.

Noch knapper wurde am 20. September 2010 die Motion „zur Aufhebung der KVG-Grundversicherung für Sans-Papiers“ von Ständerat Kuprecht (SVP) verworfen, nämlich mit Stichentscheid der Ständeratspräsidentin Erika Forster (FDP). Ohne die engagierte Unterstützung von einigen bürgerlichen Räten wären Lehren und Grundversicherung für Sans-Papiers versenkt worden. Für die Sans-Papiers-Lehren müssen nun die rechtlichen Grundlagen ausgearbeitet werden, die dann, falls es sich nicht bloss um Änderungen einer Verordnung handelt, wieder den Räten vorgelegt werden müssen

2. Härtefallkriterien und Gespräch mit BR Widmer-Schlumpf

Die neue Weisung von BR Widmer-Schlumpf (EWS) erweist sich als äusserst restriktiv. Die Plattform erarbeitete ein Dossier mit zahlreichen Beispielen von Härtefällen, die von den Kantonen gutgeheissen, vom Bund hingegen abgelehnt wurden. Am 23.2. führte eine Delegation der Plattform ein Gespräch mit EWS und Chefbeamten. EWS zeigte sich im Gespräch sehr offen – auch für weiterführende Gespräche. Doch in der Härtefallpraxis des BFM änderte sich nichts. Auch das im Sommer nachfolgende Gesuch um ein Delegationsgespräch zum Thema „Heiraten“ beantwortete EWS nicht mehr (im September wechselt sie das Departement).

3. Heiraten

Da die von den eidg. Räten 2009 angenommene parlamentarische Initiative von Toni Brunner „Scheinehen unterbinden“ auf Anfang 2011 in Kraft gesetzt werden soll, muss die entsprechende Verordnung abgeändert werden. Im Sommer schrieb Eric Voruz das eidg. Amt für Zivilstandswesen an und bat um ein Gespräch. Dieses verwies uns an das BFM. Ein erneutes Gesuch ans BFM folgte. Erst mit der EJPD-Vorsteherein Sommaruga erhielt Eric Voruz positiven Bescheid. Der Delegationsbesuch fand am 30.11. statt, wo wir eingeladen wurden, an der Vernehmlassung zu den neuen Weisungen bezüglich „Heiratsverbot“ teilzunehmen.